



# Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 4 37. Jahrgang November 1993

## Walter Hesselbach ist tot

Unser Freund, Kamerad und Bundesvorsitzender, Walter Hesselbach, ist tot. Er verstarb in der Nacht zum 5. November im Alter von 78 Jahren. Mit ihm verliert das Reichsbanner die Symbolfigur eines aufrichtigen, kämpferischen, solidarischen Demokraten, der seine Herkunft aus einer Frankfurter Arbeiterfamilie niemals leugnete, sondern dies als Ansporn nahm, sich für mehr soziale Demokratie und gegen jegliche Form von Diktatur persönlich einzusetzen.

Von sich selbst hat er gesagt: "Die Arbeit in der Sozialdemokratischen Partei, in der Arbeiterjugend, der Gewerkschaftsjugend und im Reichsbanner in den letzten Jahren der Weimarerzeit hat mich geprägt. Die harten Auseinandersetzungen mit den Feinden der Republik, die bitteren Jahre der illegalen politischen Arbeit und die schwere Zeit des Krieges und der Kriegsgefangenschaft waren für meine Generation eine entscheidende Erfahrung".

Nachdem Walter Hesselbach über die SAJ im Dezember 1931 Mitglied der SPD wurde, hatte er sich 1932 auch im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold organisiert. Er selbst hatte nie einen ausgeprägten Sinn fürs Militärische. Aber man forderte ihn auf, sich dem Reichsbanner anzuschließen, „weil man dort trainierte Leute vom Arbeitersport dringend brauchte“.

Er sah die Probleme des Staates damals wie heute. „Soziale Demokratie ist mehr als eine Anzahl von Verfassungsartikeln und gesetzlich verbriefter Bürgerrechte; sie lebt von der Bereitschaft des einzelnen,



sich für ein Gemeinwesen zu engagieren und den öffentlichen Meinungsstreit mit Vernunft, Respekt und gegenseitiger Toleranz auszutragen“. Dies hat Walter Hesselbach uns vorgelebt.

Er hat die Zeitspanne über ein halbes Jahrhundert mit seiner Erfahrung, seinem Wissen und seinem Rat überbrückt. Durch ihn bekam das Reichsbanner in den achtziger Jahren die Orientierung auf den Bund Aktiver Demokraten. Noch in der letzten Bundesvorstandssitzung vom 24. September 1993 in Frankfurt am Main erinnerte er uns daran, daß das Reichsbanner kein Seniorenclub, sondern eine aktive demokratische Organisation für die Gegenwart und Zukunft sein muß.

Er bekannte sich zum Reichsbanner trotz seiner Fehler und Schwächen, denn: „... es gab noch mehr Mut, Solidarität und Opferbereitschaft“. Für ihn war stets wesentlich, die Einsichten der Geschichte wachzuhalten und weiterzugeben. Er hat es in vielen Interviews und schriftlichen Beiträgen getan und andere dazu ermun-

tert, es ebenfalls zu tun.

Noch 1992 in Magdeburg, der Gründungsstadt des Reichsbanners hat Walter Hesselbach auf die gegenwärtigen Probleme der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Not hingewiesen. Er sprach davon, daß die Not die Menschen im allgemeinen nicht revolutioniert, sondern demoralisiert.

Vieles sah er in Staat und Gesellschaft als verbesse-



rungswürdig an. Er warnte aber sehr eindringlich: "Nicht der Traum von nationaler Größe darf das Deutschland der Zukunft bestimmen. Statt dessen muß sich die Bundesrepublik durch ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn und mit den Ländern der Dritten Welt auszeichnen. Wer glaubt, die Zukunft allein mit dem Nationalstaat meistern zu können, der lebt geistig in der Vergangenheit und führt uns in schlimme Verhältnisse zurück. Die großen Aufgaben der internationalen Politik kann heute keine Nation mehr allein lösen".

Für Walter Hesselbach war das Reichsbanner keine militante Gruppe mehr. Er wollte mit Debatten und dem eigenen Beispiel Zeichen für Freiheit, Demokratie, Menschenwürde und Menschlichkeit gesetzt

wissen. Er glaubte fest an die moralische Kraft des Menschen und seine Fähigkeiten, alle wirtschaftlichen und sozialen Zwänge abzubauen. Mit diesem grundlegenden Optimismus hat er das Nachkriegsreichsbanner wie kein zweiter stimuliert. Wir nehmen Abschied von einem Vorbild und werden in seinem Sinne die Brücke von der Vergangenheit über die Gegenwart zur Zukunft weiter schlagen.

Die Trauerfeier für Walter Hesselbach fand am 12.11.1993 im großen Rahmen in der traditionsreichen Paulskirche in Frankfurt am Main statt. Maßgebende Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft würdigten seine Verdienste und sein Engagement für unseren demokratischen Staat.

## Das Oberhofsyndrom - Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern

Oberhof in Thüringen ist ein bekannter Erholungs- und ein noch bekannterer Sportort. In ihm finden alle Jahre internationale Wintersportveranstaltungen statt mit vielen ausländischen Teilnehmern und Betreuern. Und als Trainingszentrum wird es das ganze Jahr über frequentiert. Oberhof lebte mit und von den fremden Gästen.

Dies ist nun gefährdet. Mehrere Jugendliche haben zwei amerikanische Sportler in einer Diskothek rassistisch beleidigt und während einer handgreiflichen Auseinandersetzung auch verletzt. In den Medien der USA wird dieser Vorfall als Zeichen gesehen, daß Oberhof für amerikanische Sportler und Touristen ein gefährlicher Ort sei, den man entweder ganz meiden soll oder aber nur nach besonderer Vorsichtsmaßnahme aufsuchen kann. Wenn sich diese Medienmeinung auch in den amerikanischen Sportverbänden durchsetzt, dann muß Oberhof befürchten, daß internationale Sportveranstaltungen nicht mehr nach Oberhof vergeben werden und es somit ein wesentliches Standbein seiner wirtschaftlichen Infrastruktur verliert. Der Bürgermeister und mehrere prominente Sportler haben inzwischen einen Entschuldigungsbrief an Präsident Clinton geschrieben, was aber nicht davon befreien kann, darüber nachzudenken, wie solche Vorfälle in Zukunft verhindert werden können.

Die deutschen Beteiligten waren nicht aus Oberhof, sondern waren Jugendliche aus Suhl, die in den dortigen Diskotheken Besuchsverbot hatten. Es sind überwiegend Arbeitslose, die auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren schwerlich mit Arbeit rechnen können. In ihrer Region liegt die Arbeitslosigkeit bei offiziell ca. 16%, inoffiziell muß jedoch von einer Arbeitslosigkeit von über 30% ausgegangen werden, daß sich viele noch in einer Umschulung oder in auslaufenden ABM Maßnahmen befinden. Für sie haben die Gemeinden und Landkreise, die Landes- und Bundesregierung weder Berufs- noch Freizeitperspektiven zur Verfügung gestellt. Im Gegenteil. Viele Kommunen müssen jetzt noch die letzten Einrichtungen schließen, da sie durch die Bonner

Umverteilungsaktion - etwa der Änderung des AFG - mit neuen Kosten belastet werden. Wer aber das soziale Umfeld wie Jugendclubs, Theater, kommunale Kinos usw. in einer solchen Phase der Massenarbeitslosigkeit abbaut statt ausbaut, kann die Arbeitslosen nicht aus ihrer Bunkermentalität holen.

Für sie hat die Wirtschaft keinen internationalen Aspekt mehr. Ihnen ist es letztlich egal - zumindest solange sie keinen Job haben - ob es den Thüringern oder anderen ostdeutschen Unternehmen gelingt oder nicht gelingt, endlich ausländische Investoren zu gewinnen und mit ausländischen Firmen Handel zu betreiben. Für sie wird die europäische Gemeinschaft etwas Anonymes bleiben, das mehr beängstigt als Perspektiven schafft. Am Ende ihres Arbeitslosentages produzieren sie nurmehr noch die Vokabel deutsch.

Ihr Deutschsein hat aber keinen produktiven Hintergrund mehr. Es ist aus dem Bunker gesprochen. Es bedeutet nicht, internationale Kontakte zu schaffen, damit auch wir Aufträge aus dem Ausland erhalten, es bedeutet nicht, daß wir internationale Kulturveranstaltungen brauchen, weil auch so der Tourismus und die Gastronomie gefördert werden. Ihre Mentalität wird von solchen Überlegungen abgekoppelt und aufs bloße Deutschsein verwiesen. Dabei haben sie Kontakte zu Fremden. Allerdings nicht mehr zu Fremden als Gäste, sondern zu fremden Produkten. Sie fahren u.U. japanische Autos, hören italienische CD's, essen irische Butter. Und unterbewußt fragen sie sich auch, was von ihnen kommt. Ihr Angriff auf das Fremde ist auch ein Angriff auf das für sie Undurchschaubare der notwendigen internationalen Handels- und Wirtschaftsverflechtung. Niemand hat sie aufgeklärt, daß Thüringen nicht nur von Thüringer Produkten leben kann. Niemand hat sie aufgeklärt, daß Thüringen nur produzieren kann, wenn es auch ins Ausland liefert und nicht nur einführt. Institutionen, die dies aber leisten können - freie Bildungsträger, Volkshochschulen, Vereine, etc. - werden in ihren Möglichkeiten

finanziell eingeschränkt statt stärker unterstützt. Neben der massiven Förderung der Wirtschaft ist auch eine massive Förderung des kulturellen und sozialen Umfeldes nötig, gerade in einer Situation der Massenarbeitslosigkeit. Die Politik hat dies bislang nicht erkannt.

Der Schaden - auch für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft - ist für viele Politiker erst nach den Ausschreitungen ein Thema. Die Prävention findet nicht statt.

Das Reichsbanner könnte und sollte hier die Politik fordern. Neben der Bewältigung der Wirtschaftskrise ist

auch die Bewältigung der Sozial- und Kulturkrise nötig. Das Geschichtsbewußtsein vieler Thüringer Jugendlicher hat nichts mehr mit unserer wirklichen Geschichte zu tun. Stimmt das Geschichtsbild der Vergangenheit nicht, kann auch das Geschichtsbild der Zukunft nicht richtig sein.

Die wirtschaftliche Katastrophe der Massenarbeitslosigkeit ist die Grundlage rechtsradikaler Untaten, und Rechtsradikalismus zerstört die Grundlagen der Wirtschaft. Das kann man am Beispiel Oberhof leicht nachvollziehen.

*Alexander Matwejew*

## Laufen der Demokratie die Wähler weg? Demokratie ohne Wähler?

Diesen Titel einer Veranstaltung fand ich provokatorisch und vor allem zutreffend!

Die jüngsten Ergebnisse der Kommunalwahlen zeigen dies eindeutig!

Gerade noch 44% betrug die Wahlbeteiligung bei der Wahl des Oberbürgermeisters von Offenbach (Okt. '93). Fakt ist doch, daß die traditionellen Volksparteien immer weniger Zulauf erhalten, während auf der anderen Seite neue Parteien gegründet werden und in kürzester Zeit erfolgreich antreten (STATT-Partei, Hamburg).

Einer der entscheidenden Gründe für diese Entwicklung ist doch die (nicht mehr bestrittene) Tatsache, daß die ja notwendigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien immer mehr in dem Bemühen verkommen, den "Anderen" politisch zu diskriminieren (Wahlkampf permanent). Man spricht ja immer mehr von der "Farbendiskussion".

Bei den Roten, Schwarzen, Grünen, Gelben und jetzt auch noch den "Braunen" laufen die politischen Auseinandersetzungen fast nur noch auf Abgrenzung hinaus. Es wird doch kaum mehr der Versuch unternommen, Gemeinsamkeiten, vor allem in elementaren, grundsätzlichen und uns alle angehenden Problemen objektiv darzustellen.

Wann lassen die Repräsentanten, Vertreter oder Sprecher der Parteien erkennen, daß sie begreifen, daß es für den Bürger (Wähler) kein CDU-Ozonloch, kein SPD-Grundwasser, kein Grünes Arbeitsplatzproblem und auch kein FDP-Kindergarten- bzw. Wohnungsproblem gibt. Von der Pflegefalldiskussion ganz zu schweigen.

Immer öfter wird von der Macht der Parteien, von Parteiendemokratie gesprochen.

Wann begreifen die Verantwortlichen der Parteien: Partei kommt von PART (ein Teil). Parteien sollen eben nur ein Teil der Gesellschaft, der Demokratie, des Staates sein. Eben diesen Verantwortlichen muß in Erinnerung gebracht werden: Demokratie = Staatsform, in der das Volk durch seine gewählten Vertreter die Herrschaft ausübt (Duden). Der Staatsbürger nimmt durch die gewählten Vertreter an der Regierung teil.

Was dem einen oder anderen Leser nur als Semantik (Wortbedeutungslehre) von Politikbegriffen erscheinen mag, ist meiner Meinung nach wichtig zu wissen, um aktiv am Aufbau, an der Weiterentwicklung und am

Erhalt unserer Demokratie mitarbeiten zu können. Und das hat unser Staat, unsere Demokratie bitter nötig! Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß in den USA in der Regel nur 18-20% der Wahlberechtigten darüber entscheiden, wer Präsident wird (siehe Überschrift)!

Ein Phänomen soll hier noch Beachtung finden: die Suche nach Konsens. Immer häufiger wird von der "Konsensdemokratie" in der BRD gesprochen. Das Problem beginnt dann, wenn Konsens nur noch der Machterhaltung dient. Besonders bei den regierenden Parteien (Koalitionen) zeigt sich das ganz deutlich. Wo aber Konsens zum "obersten Gebot" wird, kann immer weniger entschieden und schon kaum etwas ge- oder verändert werden. Die "Konsensdemokratie" wird immer anfälliger und tut sich immer schwerer, aktuelle und schon erkennbar auf uns zukommende Probleme zu lösen.

Wenn seriöse Tageszeitungen und Wochenmagazine ihre Leitartikel überschreiben mit "Einzigartiger Sozialabbau gefährdet demokratische Entwicklung", "Die Falltüren der Armut sind jetzt endgültig offen", "Der Sozialstaat vor der Pleite", "Demokratie ohne Wähler", sollten die Regierenden schnellstens nachdenken. Beim Auflisten dieses Istzustandes zeigt sich mir, wie wichtig es ist, auf den Untertitel des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold - Bund Aktiver Demokraten - hinzuweisen. Die brauchen wir dringender denn je.

*Hans Brück, 2. Vorsitzender*

## Briefe und Meinungen

**Der Artikel "Ein wahres Märchen aus Deutschland" in unserer letzten Zeitung hat ein breites Echo bei unseren Lesern gefunden. Aus Platzmangel ist es uns leider nicht möglich, alle Zuschriften zu veröffentlichen. Bevor wir einige der Lesebriefe zum Teil in etwas verkürzter Form wiedergeben, lesen wir zunächst, was der Verfasser des Märchens seinem Sohn mit auf den Weg gegeben hätte:**

"Die Weimarer Republik ist nicht an ihrer freiheitlichen Verfassung zugrunde gegangen, sondern weil es nicht

genügend Demokraten gab, diese Verfassung auch zu verteidigen.

Die Behandlung, die unsere Regierung und Parlament den Kämpfern für eine freiheitliche Verfassung gegen Nazi-Diktatur und SED-Regime nach deren Sturz ange-deihen ließ, trug sicherlich nicht dazu bei, sich künftig für Recht und Freiheit einzusetzen. Zwar wird es auch künftig noch Bürger geben, die nicht mit dem Verstand abwägen, welche Vorteile oder auch Nachteile ihr Verhalten mit sich bringt. Sie werden nur ihrem Gewissen folgen und sich mit heißem Herzen für Demokratie, Recht und Freiheit einsetzen. Leider muß man aber bei dem gegenwärtigen Erscheinungsbild der demokratischen Parteien sowie Regierung und leider auch Opposition befürchten, daß deren Zahl immer geringer wird. Wir werden allmählich ein Volk von Materialisten, nur noch erfaßt von hemmungslosem Gewinnstreben. Die Idealisten sterben allmählich aus, und ein Volk ohne Idealisten ist nicht lebensfähig. Aber Gott sei Dank gibt es bei uns wenigstens noch Realisten.

Ich selber hätte in gleicher Situation nochmals so gehandelt. Ich kann nicht anders. Dir kann ich nur raten, immer nach Deinem Gewissen zu handeln".

*Hans Bonkas*

„Ein sehr lehrreiches Märchen.

Dieses Märchen trifft den Nagel auf den Kopf. Es sollte von allen Politikern gelesen werden, damit sie daraus lernen, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Aber daran zu glauben, ist wohl auch ein Märchen, denn sie haben aus der Geschichte rein gar nichts gelernt. Die "Peter Winner" haben nach 1918, nach 1945 und jetzt auch nach 1990 in der ehemaligen DDR ihr Schäfchen ins Trockene gebracht. Durch ihr Wissen und Können haben sie gewissenlos als sogenannte Schreibtischtäter ganz erheblich dazu beigetragen, daß die Hitlers, Honneckers usw. überhaupt an der Macht geblieben sind. Es bricht mir fast das Herz, wenn ich jetzt mit ansehen muß, wie bei uns im Kreise Bitterfeld - und nicht nur hier - die "Peter Winners" - zunächst nur auf wirtschaftlichem Gebiet - schon wieder den Ton angeben. Die alten "Seilschaften" machen sich überall breit. Dagegen sterben die "Hans Loosers" allmählich aus. Wehe unserem Staat, wenn er mal vor wirklich ernsthaften Schwierigkeiten steht. Wer soll diesen Staat dann noch verteidigen?"

*Otto Ruhland, Jębnitz*

"Ein Märchen, das sehr traurig stimmt.

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge habe ich diese Satire gelesen. Leider muß man befürchten, daß dieses Märchen von den verantwortlichen Politikern nicht gelesen wird. Hätten sie daraus Lehren gezogen? Ich selbst bin so ein "Hans Looser" und kann nur bestätigen, daß es sich bei dieser Satire leider um Tatsachen und kein Märchen handelt. Dazu kann man nur sagen: "Armes Deutschland", denn seine maßgebenden Politiker haben aus der Geschichte auch rein gar nichts gelernt. Vielleicht ist auch der Tag nicht mehr allzu fern, wo man es bitter bereuen wird, daß man den "Peter Winners" nicht das Handwerk gelegt hat. Sollte unser demokratischer Staat einmal in wirklich ernsthafte Schwierigkeiten geraten, werden die "Winners" diesen nicht mit verteidigen, sondern schnellstens, wie ja schon dreimal erfolgreich

erprobt, die Fronten wechseln. Und die "Hans Loosers" sind ja dank gütiger Mithilfe des Staates inzwischen ausgestorben".

*Paul Hoppe, 63450 Hanau*

"Leider kein Märchen

Ich beziehe mich auf den Artikel "Ein wahres Märchen aus Deutschland", den ich mit großem Interesse gelesen habe. Obwohl satirisch aufgebaut, trifft er den Kern der Sache bzw. Wirklichkeit, die leider stattgefunden hat. Als gebürtiger Berliner habe ich die braune Diktatur hautnah miterlebt. Noch erschreckender war der rote Terror, der danach in der SBZ bzw. Ostberlin einsetzte. Die meisten der braunen Täter kamen ungeschoren davon, und wie es zur Zeit aussieht, überleben die Seilschaften der SED und des Stasi wieder ihre Schandtaten. Die anständigen Menschen sind wieder einmal die "Looser", wie es im Artikel trefflich geschildert wird".

*Lothar Otter, 38667 Bad Harzburg*

"Schade, daß es kein Märchen war.

Märchen werden Wirklichkeit. Ein bitteres Märchen - ein wahres Märchen. In der gleichen Zeit werden in diesem Lande Kernkraftwerke gebaut, die man später wieder stilllegen müßte, Jagdflieger, die niemanden mehr zu jagen haben, und der Bund der Steuerzahler ermittelte eine Verschwendung von Milliardenbeträgen. Aber an den Opfern der SED-Herrschaft muß man sparen".

*Johann Frömel, 53175 Bonn*

"Nur ein deutsches Märchen?"

Es trifft leider zu, wie in der Satire dargestellt, daß in totalitären Staaten Anpasser wie Peter sich trefflich durchmogeln können, dadurch glänzend dastehen und zur Machterhaltung der "Dämonen" beigetragen haben. Hans dagegen, der sich stets uneigennützig für Freiheit und Gerechtigkeit eingesetzt und gleichermaßen gegen NS- und SED-Diktatur gekämpft hat, ist schließlich an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen der braunen und roten KZ's zerbrochen.

Ungeachtet dessen würde ich dem Sohn von Hans raten: Sei stolz auf Deinen Vater und denke stets daran, daß sein Einsatz mit dazu beigetragen hat, daß schließlich die totalitären Regime überwunden wurden!

Wir leben zwar noch in einem Rechtsstaat, trotzdem ist meine Freiheit vielfältig bedroht; und zwar von den Enkeln und Urenkeln der Nazis und Kommunisten, die aus der Geschichte nichts gelernt haben. Hier ist Zivilcourage geboten. Zeige Zivilcourage und Mut bei der Überwindung von Schwierigkeiten trotz möglicher Nachteile".

*Gerhard Schulz, 32105 Bad Salzungen*

"Aus diesem Märchen sollte man lernen, insbesondere die Regierung. In dem Artikel ist anschaulich wiedergegeben, wie gegensätzlich sich die Menschen in Deutschland, besonders unter Diktaturen, äußern und verhalten in der Frage: sich anpassen oder heldenhaft dagegen angehen. Egoistisch, sogar egozentrisch mitmachen oder versuchen, eine innere und äußere Freiheit, basierend auf einem sozialen Gewissen, zu bewahren. Die erstgenannte Gruppe hat gerade in Deutschland eine lange Tradition. Es soll den normalen Menschen nicht entschuldigen,

wenn er die Anfänge einer schleichenden Diktatur nicht erkennen kann, aber eine kosmopolitisch und geistig rege Führungsschicht muß dazu in der Lage sein, denn den Anfängen muß man wehren. Wir vom Reichsbanner taten es, versuchten es zumindest in Berlin und anderen Orten. Damit folgten wir den Worten unseres damaligen preußischen Ministerpräsidenten, Otto Braun, die deutlich machten, wie gefährdet dieses Staatswesen durch den roten und braunen Mob war. Wir vom Reichsbanner haben uns daran gehalten und auch solche Opfer wie Hans auf uns genommen - auch ich selbst".

*Kurt Grabe, 30659 Hannover*

"Ein Märchen, aus dem man Lehren ziehen sollte  
In Anbetracht der gegenwärtigen negativen politischen Ereignisse versucht das Reichsbanner mit Blick auf die zukünftige Entwicklung, Mahner zu sein mit dem Ziel, das Erreichte nicht leichtfertig aufzugeben und wie schon in der Vergangenheit für unsere freiheitliche Staatsordnung einzutreten. Abweichend von diesem Ernst der Lage versucht der Verfasser von "Ein wahres Märchen aus Deutschland" in anderer Form Erkenntnisse und Nachdenkenswertes darzustellen in der Hoffnung, daß es die entsprechende positive Ausstrahlung erbringen möchte. Dieses Märchen ist wahr und bitter zugleich, weil es aufzeigt, daß "Dämonen" immer die gleichen Handlungen betreiben. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob sie braun oder rot gefärbt sind. Braun und Rot waren gleich grausam. Dieses Märchen ist wahr, weil es aufzeigt, daß unter den herrschenden Dämonen die Menschen unerbittlich vereinnahmt werden und ihre Freiheit und Selbständigkeit verlieren. Hans und Peter müssen diese Jahre durchleben. Sie zeigen Standfestigkeit, welche nur persönliche Nachteile erbringt, oder eigennütziges Anbiederung, welche das Überleben in Zufriedenheit garantiert. Wo bleibt hier die Gerechtigkeit für das ehrenhafte Verhalten von Hans.

Bitter ist die Lehre und Erkenntnis dieses wahren Märchens aus Deutschland. Alle erstreben ein lebenswertes Dasein. Die Wirklichkeit zeigt aber auf, daß der gute Weg von Hans dies nicht erbringt, das negative Verhalten von Peter aber zum Erfolg führt. Das Reichsbanner ging stets auf den Spuren von Hans. Wir wissen, wo der Weg hingeführt hat - oder nicht"???

*Bodo Küppel, 63594 Hasselroth*

"In dem Artikel von Hans Bonkas wird die ganze Problematik, mehr noch die Unzulänglichkeit der Politik bei der Entschädigung für die Opfer wie Hans deutlich. Das im Sommer 1992 vom Bundestag beschlossene Gesetz "SED-Unrechtsbereinigungsgesetz" ist das miserabelste Gesetz, das je von einem Parlament beschlossen wurde.. So erhält ein Sozialdemokrat, der von den Kommunisten über 7 Jahre inhaftiert wurde, dafür lächerliche 5.000 DM Entschädigung und seine Witwe, falls er inzwischen verstorben ist, keinen Pfennig. Dafür bekommt der SED-Funktionär Stoph, der wegen Verhandlungsunfähigkeit von der Justiz auf freien Fuß gesetzt wurde, für einige Monate U-Haft 8.500 DM Entschädigung. Solche Entscheidungen tragen zur allgemeinen Politikverdrossenheit bei.

*Hermann Kreutzer, 14055 Berlin*

## Reichsbanner intern

**Aus der Bundesvorstandssitzung vom 24. September 1993, die noch von unserem verstorbenen Walter Hesselbach geleitet wurde:**

Unser Bundesgeschäftsführer und stellvertretende Vorsitzende, Kamerad Karl-Heinz Jungmann, ist schwer erkrankt. Ein Ende seiner Krankheit und die Wiederherstellung seiner Gesundheit sind leider nicht absehbar. Wir alle bedauern diesen schweren Schicksalsschlag, der unseren aktiven und einsatzfreudigen Kameraden mitten in seiner Arbeitskraft und seinem Engagement getroffen hat. Uns bleibt, für ihn zu hoffen und ihm eine baldige und volle Genesung zu wünschen.

Seine Arbeit für das Reichsbanner muß aber weitergehen. Deshalb hat der Bundesvorstand in seiner Sitzung am 24. September 1993 in Frankfurt am Main beschlossen, für die Zeit der Verhinderung des Kameraden Jungmann, den Kameraden Karl Heinz Kauß als Vertretung des Bundesgeschäftsführers zu berufen.

Kamerad Kauß hat sich bereit erklärt, diese Funktion zu übernehmen. Er ist 34 Jahre alt, verheiratet, hat ein Kind und ist hauptamtlich bei der Deutschen Angestellten Gewerkschaft tätig. Sicherlich wird er sich selbst bald zu Wort melden. Wir wünschen ihm für seine und unsere Arbeit auf jeden Fall viel Erfolg und eine gute Zusammenarbeit.

Seine Anschrift lautet: Karl-Heinz Kauß, Peter-Böhler-Straße 24, 60431 Frankfurt am Main, Telefon 0 69 / 52 53 46.

Unser Bundesschatzmeister Hans Bonkas bittet, alle Zahlungen an den Bund nicht mehr auf unser Postscheckkonto, sondern nur noch auf unser Sparkassenkonto Reichsbanner-Konto Nr. 100 776 5100, BLZ 502 101 11 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Mainzer Landstraße 16-24, 60325 Frankfurt am Main vorzunehmen.

*Kurt Kelly*

### Veranstaltungen des Ortsvereins Frankfurt am Main

Am Sonntag, dem 20. November 1993, 15.00 Uhr findet im Bürgerhaus Bornheim unsere Jahresabschlussfeier statt. Sie ist umrahmt mit stimmungsvoller Musik.

Am Sonntag, dem 19. März 1994, 15.00 Uhr Jahreshauptversammlung, diesmal in unserem Raum im Zwischengeschoß des Parkhauses Konstablerwache, Reineckstraße 7. Einladung erfolgt rechtzeitig.

Am Samstag, dem 28. Mai Jubiläumsveranstaltung "70 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seit der Gründung 1924 in Magdeburg" im Bürgerhaus Bornheim.

Am Freitag, dem 12. August machen wir wieder eine Busfahrt. Das Programm wird rechtzeitig bekanntgegeben.

#### 4-Tage-Busfahrt nach Berlin

Vom 19. bis 22. April 1994 machen wir eine Busfahrt zu einem äußerst günstigen Preis mit einem 4-Sterne-Bus. Unter sachkundiger Führung von Ministerial-Direktor a.D. Hermann Kreutzer, einem der besten Berlin-Kenner, besuchen wir die wichtigsten historischen Stätten Berlins - sowohl die der NS-Diktatur als auch die der ehemaligen DDR. Auch ein Empfang im Berliner Rathaus gehört dazu.

Unser 70-jähriges Reichsbanner, 1924 - 1994, in Magdeburg gegründet, ist einer der wenigen Träger der Weimarer Demokratie. Gerade für uns ist diese historische Fahrt von besonderer Bedeutung, haben doch viele unserer Kameraden mit dem Einsatz ihres Lebens gekämpft und sind für die Freiheit gestorben. Wir werden an diesen Gedenkstätten einen Kranz niederlegen, um unserer Kameraden ehrend zu gedenken. Hierzu laden wir auch Kameraden des Freiheitsbundes Berlin ein, und es soll über die Medien eine wirkungsvolle Werbung für unser Reichsbanner sein.

Unser Programmgestalter Hermann Kreutzer will uns auch einen Einblick geben über die geplanten Großobjekte für Berlin als Hauptstadt bis zum Jahr 2000. Großes Glück haben wir, daß wir ein Hotel direkt am Kurfürstendamm buchen konnten, also im Zentrum Berlins in der Nachbarschaft zur Gedächtniskirche, und jeder kann in seiner Freizeit einen Bummel auf dem Kurfürstendamm machen. Auf der Rückfahrt am 22. April besuchen wir noch Potsdam und Schloß Sanssouci. Freitag abend sind wir dann wieder in Frankfurt. Alles in allem dürfte dies für jeden ein einmaliges Erlebnis werden.

Der äußerst günstige Gesamtpreis (der genaue Preis richtet sich nach dem Zuschuß) wird eine große Nachfrage zur Folge haben, sodaß eine baldige Teilnahmeerklärung zweckmäßig ist. Mit einer Bezahlung von DM 100,- ist die Teilnahme sichergestellt.

Anmeldung ab sofort bei Hans Bonkas, Im Hermeshain 20, 60388 Frankfurt am Main, Tel.: 0 61 09 - 3 41 14 oder bei Alfred Körner, Unter den Linden 2, 60596 Frankfurt am Main, Tel.: 0 69 / 6 31 11 98.

*Alfred Körner*

---

## Wir wünschen allen Mitgliedern, Leserinnen und Lesern ein besinnliches Weihnachtsfest und ein friedvolles Jahr 1994

---

In einer Zeit des politischen Aufbruchs sind die Erfahrungen der Demokraten wichtiger denn je.

Darum bittet die Redaktion die Kameraden darum, für das Reichsbanner und seine Zeitung zu werben.

Ich bestelle die Zeitschrift DAS REICHSBANNER - Forum aktiver Demokraten.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Ich bin auch an einer Mitgliedschaft im REICHSBANNER interessiert: Ja / Nein

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924  
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77, Postfach 10 18 44, 60329 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.